

II - 8160 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4021/1J

1992-12-18

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Bartenstein  
und Kollegen

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr  
betreffend politische Einflußnahme auf die Organe der Austrian  
Energy & Environment durch politische Repräsentanten der Stadt  
Wien

Nach mehrjährigen Bemühungen konnte am 1. Juli 1992 die Fusion  
der beiden österreichischen Anlagenbauer auf dem Energie- und  
Umweltsektor vollzogen werden. Aus der SGP-VA Energie- und  
Umwelttechnik GmbH und der Waagner-Biró Energy & Environment  
GmbH wurde die Austria Energy & Environment SGP/Waagner-Biró  
GmbH. Die Grundlage für ein konkurrenzfähiges Unternehmen auf  
dem Sektor Energie und Umwelt mit mehr als 75 % Exportanteil  
war damit geschaffen. Eine Umsatzerwartung von 5 Milliarden  
Schilling ist mittelfristig geplant. Die Möglichkeit, Synergien  
aus der Zusammenführung der beiden Unternehmen zu nützen, ist  
nun wesentliche Vorstandsaufgabe. Am 26. November 1992 beschloß  
daher der Aufsichtsrat des neuen Unternehmens die  
Produktionskapazitäten der beiden Fertigungsstandorte Wien und  
Graz neu zu strukturieren. Die Druckteilstiftigung soll in Graz  
konzentriert werden und die Turbinenfertigung und  
Dienstleistungskapazitäten sollen in einem Offensivszenario in  
Wien weitergeführt werden. Dieser Beschuß gründete auf den  
grundlegenden Studien des neuen Vorstandes mit Unterstützung  
eines externen ausländischen Beraters auf Basis einer  
erforderlichen Marktstrategie für die nächsten fünf Jahre.  
Faktoren dieser Marktstrategie waren u. a. die weltweiten  
Merkveränderungen, der Rückgang der Konjunktur, die Öffnung der  
Reformländer mit Billigpreisangeboten und der lokale  
Fertigungsanteil im Export.

Unmittelbar nach Beschußfassung durch den Aufsichtsrat wurde  
das neue Konzept, das bereits für 1993 betriebswirtschaftlich

- 2 -

dringend notwendig ist, ohne jede gesetzliche Grundlage politisch in Frage gestellt. Spitzenrepräsentanten und Spitzengremien der Bundeshauptstadt drohten nämlich unterschriftsreife Aufträge für Konzernunternehmen der Austrian Industries anderweitig zu vergeben, sollte das vom Aufsichtsrat beschlossene Konzept für die Austrian Energy & Environment umgesetzt werden. Weiters wurden und werden kurzfristig für die nächsten Jahre an die A E&E vergebare Aufträge – lebenswichtige Bestandteile der neu strukturierten A E&E – ständig in Frage gestellt, sodaß das neue Unternehmen seinen Marktanteil im Inland nicht halten kann. Diese politischen Pressionen sollen dazu führen, daß der rechtsgültige Aufsichtsratsbeschuß vom 26. 11. 1992 ausgesetzt und abgeändert wird, obwohl dringender Handlungsbedarf für den Vorstand gegeben ist. Selbstverständlich wollen und werden die politischen Repräsentanten der Bundeshauptstadt, die diese Pressionen ausüben, keinerlei Verantwortung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Austrian Energy & Environment übernehmen. Diese bleibt weiterhin bei Vorstand und Aufsichtsrat, die jedoch aufgrund dieser politischen Einflußnahme betriebswirtschaftlich und strategisch nicht richtig handeln können. Dies ist innerhalb weniger Tage das zweite Beispiel, daß vor allem seitens des Wiener Vizebürgermeisters Mayr massiv Druck auf Unternehmensorgane der Austrian Industries ausgeübt wird, Entscheidungen zu treffen, die betriebswirtschaftlich von den zuständigen Organen abgelehnt werden, um politischen Forderungen der Wiener SPÖ nachzukommen. Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e :

1. Wie stehen Sie als Eigentümervertreter zum Beschuß des Aufsichtsrates der Austrian Energy & Environment vom 26.11.1992?

- 3 -

2. Halten Sie als Eigentümervertreter eine Abänderung des Aufsichtsratsbeschlusses vom 26.11.1992 aufgrund der politischen Pressionen von politischen Organen der Stadt Wien im Hinblick auf die betriebswirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens für zweckmäßig?
3. Wenn nein, was werden Sie unternehmen, um die Beibehaltung des Aufsichtsratsbeschlusses vom 26.11.1992 sicherzustellen?
4. Wie stehen Sie grundsätzlich als Eigentümervertreter der Austrian Industries zu politischen Einflußnahmen auf die Organe der Unternehmen der AI, wie sie in der Begründung dargestellt wurden?
5. Werden Sie in Ihrer Verantwortung als Eigentümervertreter der Austrian Industries und als Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr auf die zuständigen Repräsentanten der Gemeinde Wien Einfluß nehmen, daß in Zukunft politische Pressionen wie im Zusammenhang mit der Errichtung des ÖMV-Hochhauses und den in der Begründung dargestellten Vorgängen unterbleiben?
6. Wenn nein, warum nicht?